

Vertrag über Cloudleistungen zur Beschaffung einer Rückmeldeplattform für pflegende Angehörige zur Stärkung sozialräumlicher Ressourcen

Inhaltsangabe

1	Gegenstand und Bestandteile des Vertrages	3
1.1	Vertragsgegenstand	3
1.2	Vertragsbestandteile	4
2	Überblick über die vereinbarten Leistungen	6
3	Gegenstand der Leistungen	6
3.1	Leistungen gemäß Ziffer 1.1 EVB-IT Cloud-AGB	6
3.2	Einmalige Leistungen	7
3.3	Leistungen auf Abruf	8
3.4	Ticketsystem	8
4	Fälligkeit und Zahlung der Vergütung	8
4.1	Fälligkeit der Vergütung	8
4.2	Zahlung der Vergütung / Rechnungslegung	8
4.3	Rechnungsadresse	9
4.4	Preisanpassung	9
5	Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung von Leistungen von Personen nach Aufwand	9
5.1	Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand durch auftragnehmerseitig eingesetztes Personal	9
5.2	Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagesätzen	10
5.3	Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand	10
6	Abweichende Haftungsregelungen	10
7	Beauftragte und Ansprechpartner	10
7.1	Beauftragte des Auftragnehmers (Name, Mailadresse)	10
7.2	Ansprechpartner für Fragen zum Vertrag (Name, Mailadresse)	11
8	Weitere Regelungen	11
8.1	Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers	11
8.2	Allgemeine Sicherheitsanforderungen	11
8.3	Prüfrechte	11
8.4	Unterauftragnehmer, Freelancer	11
8.5	Vertraulichkeit	12
8.6	Haftplichtversicherung	12
9	Sonstige Vereinbarungen	13
9.1	Allgemeine Leistungspflichten / Technologische Neuerungen	13
9.2	Einhaltung rechtlicher Bestimmungen / Wahrung wettbewerbllicher Interessen und Vorgaben	13
9.3	Zusammenarbeit	13
9.4	Eskalations- und Deeskalationsmanagement / gütliche Einigung	14
9.5	Termine und Fristen	14
9.6	Unternehmensstandort	14
9.7	Einsatz von KI	14

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

9.8	Beratungs-, Informations- und Unterstützungspflicht	15
9.9	Qualitätssicherung	15
9.10	Personal des Auftragnehmers	15
9.11	Zertifikate, Testate, behördliche Zulassungen	15
9.12	Barrierefreiheit	16
9.13	Entgeltgleichheit	16
9.14	Werbung	16
9.15	Scientology-Schutzklausel	16
9.16	Russland Sanktionen der EU	16
9.17	Anzeigepflicht	17
9.18	Abtretung oder anderweitige Übertragung von Ansprüchen	17
9.19	Auskunfts- und Unterstützungspflicht	17
9.20	Abnahme, Mängelklassifizierung	17
9.21	Rechte des Auftraggebers bei Mängeln der Leistung	17
9.22	Störungsbeseitigung und -klassifizierung	18
9.23	Verletzung von Schutzrechten Dritter, Freistellungsanspruch	18
9.24	Verzug	18
9.25	Dokumentation	18
9.26	Schulungen	18
9.27	Änderung der Leistung nach Vertragsschluss / Änderungsverfahren	18
9.28	Nicht-exklusive Leistungserbringung	19
9.29	Mengen- und Volumenangaben	19
9.30	Laufzeit und Kündigung / Rückzahlung von Vorauszahlungen bei vorzeitiger Beendigung	19
9.31	Textform	20
9.32	Salvatorische Klausel	21
9.33	Gerichtsstand	21
9.34	Inkrafttreten	21

Vertrag über Cloudleistungen zur Beschaffung einer Pflege-App als digitales Beratungsangebot gemäß § 7a SGB XI

zwischen der AOK Bayern, Die Gesundheitskasse, Körperschaft d. ö. R., vertreten durch deren Vorstandsvorsitzende Dr. Irmgard Stippler, Carl-Wery-Straße 28, 81739 München Auftraggeber

~~Vertragsnummer: _____~~

und dem obsiegenden Bieter des Vergabeverfahrens „Beschaffung einer Rückmeldeplattform für pflegende Angehörige zur Stärkung sozialräumlicher Ressourcen“, Vergabenummer: 26-053 Auftragnehmer

~~Vertragsnummer: _____~~

gemeinsam bezeichnet als die „Parteien“ oder die „Vertragsparteien“

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel:

Die häusliche Pflege stellt pflegende Angehörige vor erhebliche organisatorische, emotionale und fachliche Herausforderungen. Neben körperlichen Belastungen treten Unsicherheiten im Umgang mit komplexen Pflegesituationen, bürokratischen Anforderungen sowie der Koordination vielfältiger Versorgungsangebote auf. Kritische Ereignisse, Beinahe-Fehler oder Versorgungsdefizite bleiben dabei häufig unerkannt oder werden nicht systematisch erfasst. Gleichzeitig existiert bislang nur ein begrenzter strukturierter Raum für positive Erfahrungen und bewährte Praktiken in der häuslichen Pflege. Vor diesem Hintergrund entsteht der Bedarf nach einem digitalen, niedrighschwelligen und vertrauenswürdigen Critical Incident Reporting System (nachfolgend das „CIRS“ bzw. „Pflege-CIRS“ oder die „Anwendung“), welches speziell auf die Lebensrealität pflegender Angehöriger ausgerichtet ist. Für den Auftraggeber eröffnet sich hierdurch die Möglichkeit, systematisch Erkenntnisse aus der Versorgungspraxis zu gewinnen und diese gezielt für Qualitätsentwicklung, Prävention und Versorgungssteuerung zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund schließen der Auftraggeber und der Auftragnehmer nach Durchführung eines europaweiten Vergabeverfahrens (das „vorangegangene Vergabeverfahren“) den vorliegenden Vertrag (der „Vertrag“):

1 Gegenstand und Bestandteile des Vertrages

1.1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages sind insbesondere folgende Leistungen:-(gemeinsam die „Vertragsleistungen“):

Ziel des Pflege-CIRS ist der Aufbau eines webbasierten und für mobile Endgeräte optimierten Melde-, Lern- und Analysesystems, das pflegenden Angehörigen eine einfache und sichere Möglichkeit bietet, Erfahrungen aus der häuslichen Pflege zu teilen. Durch die strukturierte Erfassung kritischer Ereignisse, Beinahe-Fehler, Unterstützungsbedarfe sowie positiver Erfahrungen soll Transparenz geschaffen und ein kontinuierlicher Lernprozess ermöglicht werden. Für den Auftraggeber dient das Pflege-CIRS als datenbasierte Entscheidungsgrundlage zur Identifikation von Versorgungsdefiziten, zur Qualitätssicherung sowie zur Entwicklung präventiver und unterstützender Angebote. Gleichzeitig wird das Vertrauen der Versicherten gestärkt, indem Rückmeldungen sichtbar aufgegriffen und in konkrete Verbesserungsmaßnahmen überführt werden.

Mit Blick auf die Ziele des Projektes umfasst der Vertragsgegenstand folgendes:

Betriebsbereite (initiale) Entwicklung einer webbasierten Rückmelde-, Lern- und Analysesystems, das pflegenden Angehörigen eine einfache und sichere Möglichkeit bietet, Erfahrungen aus der häuslichen Pflege zu teilen. Durch die strukturierte Erfassung kritischer Ereignisse, Beinahe-Fehler, Unterstützungsbedarfe sowie positiver Erfahrungen soll Transparenz geschaffen und ein kontinuierlicher Lernprozess ermöglicht werden.

Die initiale betriebsbereite Entwicklung der Anwendung bedarf der Abnahme und muss so rechtzeitig abgeschlossen sein, dass die Inbetriebnahme der Anwendung („Go-live“) zum vereinbarten Go-live-Termin erfolgen kann. Der Go-live Termin ist – abhängig vom Angebot des Auftragnehmers – der 01.11.2026 oder 01.12.2026.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

Weitere Einzelheiten zu den Vertragsleistungen ergeben sich aus diesem Vertrag und seinen Bestandteilen, insbesondere aus der Leistungsbeschreibung, dem Kriterienkatalog für Cloudleistungen und den EVB-IT Cloud-AGB.

1.2 Vertragsbestandteile

Es gelten als Vertragsbestandteile:

1.2.1 dieser Vertragstext mit den folgenden Anlagen:

Anlagen zum EVB-IT Cloudvertrag			
(Achtung: Die auftragnehmerseitigen AGB sind nicht hier, sondern in Nummer 1.2.4 anzugeben)			
Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum/ Version	Anzahl Seiten
1	2	3	4
1	Leistungsbeschreibung	jeweils in der letztgültigen Fassung des vorangegangenen Vergabeverfahrens	_____
2	Kriterienkatalog für Cloudleistungen (ggf. mehrere Kriterienkataloge, dann Anlage Nr. 3a, 3b etc.)		_____
3	Angebot des Auftragnehmers u. a. mit Angebots- und Preisblatt sowie Leistungserbringungskonzept		_____

☒ ~~Es gelten die Anlagen in folgender Rangfolge:~~ Die Rangfolge der Anlagen sowie aller sonstigen Vertragsbestandteile ergibt sich aus Ziffer 1.2.7.

1.2.2 die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Erstellung bzw. Anpassung von Software (EVB-IT Erstellungs-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung, jedoch nur, soweit in diesem Vertrag auf die EVB-IT Erstellungs-AGB ausdrücklich Bezug genommen wird,

1.2.3 die Ergänzenden Vertragsbedingungen für Cloudleistungen (EVB-IT Cloud-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

1.2.4 und danach die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

1.2.5 und danach

☐ die nachfolgenden auftragnehmerseitigen AGB zu Art und Umfang der Cloudleistungen (zusammen Anlage Nr. _____)

Bezeichnung	Datum/ Version	Anzahl Seiten
_____	_____	_____
_____	_____	_____

☐ die auftragnehmerseitigen AGB gemäß „Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB“, dort „I. Anhang zum EVB-IT Cloudvertrag“

Wirksam einbezogen sind die vorgenannten auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen auch, insoweit sie einen dynamischen Änderungsvorbehalt vorsehen, soweit die Änderungen nicht zum Nachteil des Auftraggebers sind.

Eine Einbeziehung der auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen erfolgt nur nachrangig gegenüber allen anderen Regelungen und nur, soweit sie allen anderen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

noch diese beschränken.

Abweichend hiervon gelten hinsichtlich einzelner konkreter Anforderungen entsprechende auftragnehmerseitige AGB* - Regelungen zu Art und Umfang der Cloudleistungen vorrangig zu den EVB-IT Cloud AGB, soweit dies in der Anlage zur Einbeziehung von auftragnehmerseitigen AGB*, dort „II Anhang zum Kriterienkatalog“ in Bezug auf die hier aufgeführte Kategorien ausdrücklich vereinbart ist.

Weitere auftragnehmerseitige AGB* sind ausgeschlossen, unabhängig davon, ob sie in diesen Vertrag einbezogen wurden oder nicht.

Die EVB-IT **Erstellungs-AGB** und die EVB-IT Cloud-AGB stehen unter www.cio.bund.de und die VOL/B unter www.bmwi.de zur Einsichtnahme bereit.

Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung. Die vereinbarten Vergütungen verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht, **es sei denn, aus dem Preisblatt ergibt sich etwas anderes.**

Die mit * gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der EVB-IT Cloud-AGB definiert.

1.2.6 Rangfolge der Nutzungsrechtsregelungen

Vereinbarte Nutzungsrechte gelten in folgender Rangfolge:

- Regelungen des Auftraggebers gemäß Anlage Nr. _____ (z.B. Anlage Nr. 3 Kriterienkatalog(e) für Cloudleistung oder Anlage Nr. 1 Leistungsbeschreibung)
- Ziffer 14 EVB-IT Cloud-AGB
- die Nutzungsrechtsregelungen aus den auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen die gemäß Nummer 1.2.4 einbezogen wurden. Diese gelten aber nur, soweit sie den sonstigen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

1.2.7 Geltungsreihenfolge der Vertragsbestandteile, Auslegung, Gleichstellungsklausel

Soweit in diesem Vertrag und seinen Bestandteilen, mit Ausnahme des Angebots des Auftragnehmers, nicht ausdrücklich anderes geregelt ist, gelten - vorbehaltlich der Regelungen in den nachfolgenden Absätzen - bei Widersprüchen zwischen den einzelnen Vertragsbestandteilen nacheinander

- dieser Vertrag,
- die Anlagen zu diesem Vertrag in der unter Ziffer 1.2.1 aufgeführten Reihenfolge, mit Ausnahme des Angebots des Auftragnehmers,
- die EVB-IT Erstellungs-AGB gemäß Ziffer 1.2.2,
- die EVB-IT Cloud-AGB gemäß Ziffer 1.2.3,
- die VOL/B gemäß Ziffer 1.2.4 und zuletzt
- das Angebot des Auftragnehmers.

Abweichend von vorstehender Geltungsreihenfolge

- gelten Angaben im Angebot des Auftragnehmers ausnahmsweise als vorrangig, wenn diese für den Auftraggeber günstiger sind; im Zweifel steht dem Auftraggeber insoweit ein Wahlrecht zu, welche Angaben bzw. Regelungen Anwendung finden sollen.

Bezugnahmen auf das Angebot des Auftragnehmers in diesem Vertrag oder seinen Bestandteilen (z. B. durch die Formulierung „gemäß Angebot des Auftragnehmers“) lassen die in vorstehenden Absätzen geregelte Geltungsreihenfolge unberührt, es sei denn, es ist im Einzelfall ausdrücklich geregelt, dass das Angebot des Auftragnehmers ausnahmsweise vorrangig oder ausschließlich gelten soll.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden nur Anwendung, soweit dies in Ziffer 1.2.5 ausdrücklich vereinbart ist. Die Einführung Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers durch sog. Clickwrap (auch Click-Accept, Click-to-Sign oder Clickthrough genannt) Vereinbarungen ist ausgeschlossen.

Bei etwaigen Widersprüchen innerhalb des Angebots des Auftragnehmers zwischen textlicher Beschreibung und zeichnerischer bzw. visueller Darstellung geht die für den Auftraggeber günstigere Regelung vor; im Zweifel steht dem Auftraggeber auch insoweit ein Wahlrecht zu.

Soweit in diesem Vertrag auf Ziffern verwiesen wird, sind die Ziffern dieses Vertragstextes gemeint, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

Wenn die Worte „insbesondere“ oder „z.B.“ verwendet werden, so dokumentiert dies, dass die nachfolgend genannten Punkte oder Regelungen nicht als abschließend zu verstehen sind.

Der Auftraggeber ist bei der Erstellung dieses Vertrags sowie bei Ausfüllen der Anlage „Kriterienkatalog für Cloudleistungen“ bemüht gewesen, alle Änderungen und Ergänzungen des zugrunde liegenden EVB-IT Formulars in grün hervorzuheben. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Änderungen und Ergänzungen nicht entsprechend formatiert wurden. Die Wirksamkeit der betroffenen, nicht in grün hervorgehobenen Änderungen und Ergänzungen wird hierdurch nicht berührt.

Verweise in diesem Vertrag oder seinen Bestandteilen auf Rechtsnormen, Richtlinien, Verwaltungsvorschriften sowie auf technische Normen und Regelwerke (einschließlich DIN-, EN- und ISO-Normen) gelten als Verweise auf die jeweils im Zeitpunkt der Leistungserbringung gültige Fassung (ggf. einer Nachfolgebestimmung), soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Alle verwendeten Begriffe und Formulierungen in diesem Vertrag und seinen Bestandteilen verstehen sich geschlechtsneutral. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird grundsätzlich auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet und stattdessen das generische Maskulinum verwendet. Entsprechende Begriffe und Formulierungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter gleichermaßen. Die Verwendung des generischen Maskulinums hat lediglich redaktionelle Gründe und beinhaltet keinerlei Wertung.

2 Überblick über die vereinbarten Leistungen

- ☒ Besondere initiale Leistungen (Setup) [Anpassungs-/Entwicklungsleistungen gemäß Leistungsbeschreibung]
- ☒ Software as a Service* (SaaS*), ~~Platform as a Service* (PaaS*)~~
- ☐ Infrastructure as a Service* (IaaS*)
- ☒ Managed Cloud Services* (MCS*)
- ☐ Leistungen bei Vertragsende
- ☒ Sonstige Leistungen (optionale Anpassungs- und Entwicklungsleistungen während Betriebsphase)

3 Gegenstand der Leistungen

Art, Umfang und Termine der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der folgenden Tabelle (Termin- und Leistungsplan):

3.1 Leistungen gemäß Ziffer 1.1 EVB-IT Cloud-AGB

Lfd. Nr.	Produkt/Leistung: (Produkt- und Leistungsbeschreibung und/oder Verweis auf Kriterienkatalog(e) für Cloudleistung in Anlage Nr. 3)	Menge (= Nutzer)	MVD ¹	Beginn ²	Ende/Termin ³	Abweichende Kündigungsfrist in Monaten ⁴	Automatische Verlängerung um Anzahl Monate ⁵	Monatlicher Preis oder, abweichendes Preismodell gemäß Anlage⁶
1	2		3	4	5	6	7	8
Pos. 1	SaaS-Lösung „Pflege-CIRS“ gemäß diesem Vertrag und seinen Bestandteilen	unbeschränkt	1 Jahr	01.09.2026	unbefristet	s. Ziffer 9.30	entfällt	gemäß Eintragung des Auftragnehmers in das Preisblatt
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____

- 1 MVD = Mindestvertragsdauer
- 2 wenn keine Vorgabe für Beginn, dann Feld leer lassen. In diesem Fall gilt der Vertragsschluss als Beginn
- 3 z.B. festes Datum ggf. mit Uhrzeit oder „nach 48 Monaten“ (wenn Vertrag unbefristet, dann Feld leer lassen)
- 4 Wenn abweichend von Ziffer 20.1 der EVB-IT Cloud-AGB
- 5 Die Leistungsdauer verlängert sich um die vereinbarten Monate, wenn sie nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Laufzeitende gekündigt wird.
- 6 Hier Einbeziehung eines Preisblattes möglich, insbesondere bei abweichendem Preismodell

3.2 Einmalige Leistungen

3.2.1 Initiale Leistungen

3.2.1.1 Art und Umfang der initialen Leistung

- ☒ Der Auftragnehmer schuldet initiale Leistungen (Setup, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen) zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*.
- ☒ Einzelheiten gemäß Anlage-Nr. Leistungsbeschreibung.
- ☐ Die Leistungen werden nicht auf der Grundlage dieses Vertrages erbracht, sondern im Rahmen eines gesonderten Vertrages gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Weitere Regelungen zur initialen Leistung gemäß Anlage Nr. _____

3.2.1.2 Vergütung der initialen Leistung

Die initialen Leistungen werden nicht gesondert vergütet, soweit nicht nachfolgend abweichend geregelt:

- ☒ Die Vergütung für die initialen Leistungen erfolgt zu einem Pauschalpreis in Höhe von _____ Euro gemäß Preisblatt.
- ☐ Die Vergütung für die initialen Leistungen erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n) _____ aus Nummer 5.1
- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

3.2.2 Sonstige einmalige Leistungen

3.2.2.1 Art und Umfang der sonstigen Leistungen

- ☒ ~~Der Auftragnehmer erbringt die in Anlage Nr. _____ beschriebenen sonstigen Leistungen.~~ Der Auftragnehmer wird die Anwendung während der Betriebsphase auf Anforderung des Auftraggebers (optional) anpassen und weiterentwickeln (z. B. durch Integration neuer Funktionen).

3.2.2.2 Vergütung der sonstigen Leistungen

- ☒ Die Vergütung für die sonstigen Leistungen erfolgt auf Grundlage eines individuellen Angebots zu einem Pauschalpreis oder nach Aufwand (ggf. mit Obergrenze) in Höhe von _____ Euro. Das Änderungsverfahren gemäß Ziffer 9.27 findet entsprechend Anwendung.
- ☐ Die Vergütung für die sonstigen Leistungen erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n) _____ aus Nummer 5.1
- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

3.2.3 Leistungen bei Vertragsende

3.2.3.1 Art und Umfang der Leistungen bei Vertragsende

- ☐ Der Auftragnehmer ist gemäß Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB im zumutbaren Umfang zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die erforderlich sind, um einen neuen Auftragnehmer oder den Auftraggeber in die Lage zu versetzen, die Leistungen zu übernehmen.
- ☐ Abweichend/ergänzend von bzw. zu Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB schuldet der Auftragnehmer im Zusammenhang mit dem Vertragsende folgende Leistungen: _____

3.2.3.2 Vergütung der Leistungen bei Vertragsende

- ☐ Die Vergütung der Leistungen bei Vertragsende erfolgt zu einem Pauschalpreis in Höhe von _____ Euro.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

- ☐ Die Vergütung der Leistungen bei Vertragsende erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n) _____ aus Nummer 5.1
- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

3.3 Leistungen auf Abruf

Die Leistungen gemäß Nummer _____ (hier Nummer 3.1 lfd. Nr. X oder Nummer 3.2.2 eintragen) werden auf Abruf erbracht.

- ☐ Der Mindestvorlauf für den Abruf beträgt _____ (Stunden/Tage).
- ☐ Die geschätzte Abnahme beträgt _____ (Menge) pro _____ (z.B. Vertragsmonat/Vertragsquartal/Vertragsjahr/Vertragslaufzeit); die Höchstmenge bzw. der Höchstwert beträgt _____ (Menge/Euro).
- ☐ Die vereinbarte Mindestabnahme beträgt _____ (Menge) pro _____ (z.B. Vertragsmonat, Vertragsquartal, Vertragsjahr, Vertragslaufzeit).

Der Auftraggeber ist nicht zum Abruf verpflichtet. Dies gilt nicht für die hier ggf. vereinbarte Mindestabnahme.

3.4 Ticketsystem

- ☒ Für die Meldung, Klassifizierung und Bestätigung von Störungen*, sonstigen Meldungen und Anfragen sowie die Beobachtung und Überwachung des Bearbeitungsfortschritts verwenden die Parteien das Ticketsystem _____
- ☐ des Auftragnehmers,
- ☒ des Auftraggebers, **soweit gemäß Angebotsblatt angeboten,**
- welches **(soweit zutreffend)**
- ☐ unter der Web-Adresse **gemäß Eintragung im Angebotsblatt** erreichbar ist.
- ☒ wie **im Angebotsblatt beschrieben folgt** zur Verfügung gestellt wird.

4 Fälligkeit und Zahlung der Vergütung

Die Vergütung des Auftragnehmers für die Erbringung der Vertragsleistungen richtet sich grundsätzlich nach dem Preisblatt und den dortigen Eintragungen des Auftragnehmers. Andere als die im Preisblatt geregelten Vergütungen sind nicht geschuldet, es sei denn, dieser Vertrag oder seine Bestandteile, mit Ausnahme des Angebots des Auftragnehmers, sehen für bestimmte Leistungen ausdrücklich eine zusätzliche Vergütung vor.

Ist eine laufende Vergütung vereinbart, werden angefangene Monate anteilig vergütet.

Sofern für den Beginn einer laufenden Vergütung ein Ereignis oder ein in den Lauf eines Tages fallender Zeitpunkt maßgebend ist (z. B. Zuschlagserteilung, Abnahme, „Go-live“ einer Anwendung), gilt § 187 Abs. 1 BGB.

Mit der jeweils vereinbarten Vergütung sind alle Leistungen abgegolten, die für eine vertragsgemäße und mangelfreie Leistungserbringung erforderlich sind. Ebenso sind mit der jeweiligen Vergütung Reisezeiten, Reisekosten, Materialkosten und/oder sonstige Nebenkosten abgegolten wie etwa Kosten, die im Zusammenhang mit Dokumentations-, Auskunft-, Beratungs- und Berichtspflichten entstehen und/oder mit der Einräumung oder Übertragung von notwendigen Nutzungs- bzw. Lizenzrechten verbunden sind.

4.1 Fälligkeit der Vergütung

Die Vergütung für die **Betriebspauschale** gemäß Preisblatt ist ab "Go-live" der Anwendung ~~wiederkehrende Leistungen ist abweichend von~~ gemäß Ziffer 16.1 EVB-IT Cloud-AGB ~~nicht~~ monatlich nachträglich bis zum 15. eines jeden Monats fällig, ~~sondern:~~

Die Entwicklungspauschale gemäß Preisblatt ist wie folgt fällig:

- ☐ quartalsweise bis zum 15. des zweiten Monats des laufenden Quartals
- ☐ jährlich bis zum _____ des laufenden Jahres
- ☒ einmalig ~~zum~~ **mit Abnahme der initialen Leistungen**
- ☐ Für _____

Die Vergütung für Leistungen nach Zeitaufwand ist abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB nicht monatlich nachträglich bis zum 15. eines jeden Monats fällig, sondern:

- ☐ _____

4.2 Zahlung der Vergütung / Rechnungslegung

- ☒ ~~Abweichend von Ziffer 16.3 EVB-IT Cloud-AGB ist eine fällige Vergütung nicht 30 Tage sondern _____ Tage nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen.~~

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

Eine fällige Vergütung ist 30 Tage nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen.

Prüffähig ist eine Rechnung, sofern sich aus dieser die erbrachten Vertragsleistungen und die hierfür in Rechnung gestellte Vergütung nachvollziehbar ergeben und die Rechnung den anwendbaren steuerrechtlichen Vorschriften entspricht. Wird eine Rechnung aus berechtigten Gründen (z. B. Fehler der Rechnung, nicht belegte Leistungen) als nicht prüffähig zurückgewiesen, hemmt dies die Zahlungsverpflichtung des Auftraggebers.

Die vorbehaltlose Zahlung einer Rechnung bedeutet nicht, dass der Auftraggeber auf die Geltendmachung etwaiger bestehender vertraglicher oder gesetzlicher Rechte (z. B. Vertragsstrafen, Gewährleistungsrechte) verzichtet.

Geschuldete Gutschriften sind in der Rechnung von der Vergütung in Abzug zu bringen. Anderenfalls kann der Auftraggeber diese selbst mit einer geschuldeten Vergütung verrechnen oder die Auszahlung der geschuldeten Gutschriften verlangen, soweit eine Verrechnung nicht möglich ist.

4.3 Rechnungsadresse



Die Rechnung ist nach den Vorgaben der E-Rechnungsverordnung elektronisch einzureichen.

In der Rechnung bzw. zur Rechnungserstellung ist die Leitweg-ID _____ anzugeben. Zudem müssen bei der Rechnung alle Pflichtfelder sowie die Zusatzfelder

gefüllt sein.

Eine Rechnung, die entgegen vorstehender Regelung nicht elektronisch gestellt wird, begründet keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB.



Die Rechnungsanschrift ~~ergibt sich aus Anlage Nr. _____~~ und die Form der Rechnungslegung wird nach Vertragsabschluss durch den zuständigen Fachbereich des Auftraggebers mitgeteilt.

4.4 Preisanpassung



Es wird eine Preisanpassung vereinbart:



gemäß Ziffer 16.5 EVB-IT-Cloud-AGB:



für ~~den monatlichen Pauschalfestpreis gemäß Nummer 3.1.~~ die monatliche Betriebspauschale gemäß Preisblatt.



für die folgenden weiteren Vergütungen: _____.



gemäß Anlage Nr. _____.

5 Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung von Leistungen von Personen nach Aufwand

5.1 Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand durch auftragnehmerseitig eingesetztes

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

Personal

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Personalkategorie	Vergütung für Tätigkeiten innerhalb der Geschäftszeit		Zuschläge in Prozent auf die Vergütungssätze aus Spalten 3 und 4 für Tätigkeiten innerhalb nachfolgender Zeiten				
		Stunden-satz	Tagessatz	Arbeitstage Montag bis Freitag außerhalb der Geschäftszeit	Samstag		Sonn- und Feiertage am Erfüllungsort	
					von _____ bis _____	von _____ bis _____	von _____ bis _____	von _____ bis _____
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kategorie 1				_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %
Kategorie 2				_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %
Kategorie 3				_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %

Festlegung der Geschäftszeiten:

Arbeitstag	Geschäftszeit			
Montag bis Donnerstag	von		bis	Uhr
Freitag	von		bis	Uhr

- ☐ weitere Vereinbarungen (z.B. zu Reisekosten abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB) gemäß Anlage Nr. _____.

5.2 Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagesätzen

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.3 Satz 2 EVB-IT Cloud-AGB können bei entsprechendem Nachweis für einen Personentag bis zu 10 Stunden abgerechnet werden.
- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.3 Sätze 2 und 3 EVB-IT Cloud-AGB kann ein voller Tagessatz nur in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens 10 Stunden geleistet wurden. Werden weniger als 10 Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen.
- ☐ weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

5.3 Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB werden Nebenkosten/Reisekosten/Reisezeiten/Materialkosten gemäß Anlage Nr. _____ vergütet.
- ☐ Weitere besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand sind in Anlage Nr. _____ vereinbart.

6 Abweichende Haftungsregelungen

- ☐ Abweichend von Ziffer 19.1 EVB-IT Cloud-AGB gelten für die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Abweichend von Ziffer 19.2 EVB-IT Cloud-AGB haftet der Auftragnehmer auch für entgangenen Gewinn.

7 Beauftragte und Ansprechpartner

7.1 Beauftragte des Auftragnehmers (Name, Mailadresse)

- ☒ Informationssicherheit: gemäß Eintragung im Angebotsblatt
- ☒ Datenschutz: gemäß Eintragung im Angebotsblatt

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

☐ Geheimschutz: _____.**7.2 Ansprechpartner für Fragen zum Vertrag (Name, Mailadresse)**

beim Auftragnehmer: gemäß Eintragung im Angebotsblatt

beim Auftraggeber: wird nach Zuschlagserteilung durch den zuständigen Fachbereich des Auftraggebers mitgeteilt

8 Weitere Regelungen**8.1 Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers**

- ☐ Für die Aufgaben gemäß Anlage Nr. _____ ist nur Personal einzusetzen, welches bereit ist, sich aufgrund des Verpflichtungsgesetzes verpflichten zu lassen.
- ☐ Mindestanforderungen an das einzusetzende Personal des Auftragnehmers (z.B. Sicherheitsüberprüfung nach SÜG) ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

8.2 Allgemeine Sicherheitsanforderungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich für die Laufzeit des Vertrages

- ☐ bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen die Regelungen zur IT-Sicherheit gemäß _____ zu beachten,
- ☐ der Geheimschutzbetreuung gemäß Anlage Nr. _____ zu unterstellen.
- ☐ die Regelungen des Auftraggebers zur Sicherheit am Einsatzort gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten.
- ☐ folgende weitere Regelungen einzuhalten: _____.

8.3 Prüfrechte

- ☒ Ergänzend zu Ziffer 6.4 EVB-IT Cloud-AGB und unbeschadet der gesetzlichen Regelungen, sind nicht nur der Auftraggeber und vom Auftraggeber zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Prüfungsgesellschaften, sondern auch

- ☒ die Aufsichtsorgane des Auftraggebers
- ☒ das BSI
- ☐ folgende von ihm benannte Prüfer _____

zur Prüfung der Einhaltung der Maßnahmen berechtigt. Der Auftragnehmer gewährt die dafür notwendigen Zutritts-, Einsichts- und Auskunftsrechte und unterstützt im erforderlichen Ausmaß.

Im Übrigen ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen alle Unterlagen vorzulegen und über alle Tatsachen Auskunft zu erteilen, die zur Ausübung des Aufsichtsrechts über den Auftraggeber aufgrund pflichtgemäßer Prüfung der Aufsichtsbehörde des Auftraggebers, des Bayerischen Landesprüfungsamt für Sozialversicherung, des Bundesrechnungshofes sowie des Bundeskartellamtes erforderlich sind. Weiter ist der Auftragnehmer verpflichtet, der Aufsichtsbehörde des Auftraggebers sowie dem Bayerischen Landesprüfungsamt für Sozialversicherung bei Bedarf Zutritt zu seinen Räumlichkeiten sowie technischen Zugängen zu gewähren und auf die elektronische Datenverarbeitung des Auftragnehmers zurückgreifen zu können, soweit dies für die Ausübung des Aufsichtsrechts bzw. für die gesetzlich zugewiesene Aufgabe der Prüfung erforderlich ist. Der Auftragnehmer hat die Verpflichtung dafür Sorge zu tragen, dass das Bayerische Landesprüfungsamt für Sozialversicherung alle notwendigen Auskünfte und Unterlagen erhält. Diese Pflichten bestehen über das Vertragsende hinaus.

- ☐ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 6.4 EVB-IT Cloud-AGB ergeben sich Regelungen zu Prüfrechten aus Anlage Nr. _____.

8.4 Unterauftragnehmer, Freelancer

- ☒ In Bezug auf den Einsatz von Unterauftragnehmern gilt anstelle von Ziffer 15.1 EVB-IT Cloud-AGB die Ziffer 15.3 bis 15.6 EVB-IT Cloud-AGB.

Vorrangig gelten jedoch folgende Regelungen:

Sollte der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsausführung Unterauftragnehmer einsetzen, ist dieser verpflichtet, die Unterauftragnehmer vertraglich so zu binden, dass der jeweilige Unterauftragnehmer, soweit dies seine Leistungen betrifft, dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Einhaltung der vertragli-

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

chen Regelungen (insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz, die Informationssicherheit und die Geheimhaltung) verpflichtet ist, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Diese Verpflichtung des Unterauftragnehmers ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Der Auftragnehmer darf zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer nur einsetzen oder eingesetzte Unterauftragnehmer nur auswechseln, wenn der Auftragnehmer den bzw. die Unterauftragnehmer namentlich benennt und der Auftraggeber dem Einsatz ausdrücklich, zumindest in Textform gemäß § 126b BGB, zustimmt.

Der Auftraggeber kann verlangen, dass die Benennung eines Unterauftragnehmers unter Verwendung der aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren bekannten Formblätter „Drittunternehmerverzeichnis“ und „Übersicht Unterauftragnehmer im Sinne der Datenschutzbestimmungen“ erfolgt. Der Auftraggeber kann ferner verlangen, dass der benannte Unterauftragnehmer das aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren bekannte Formblatt „Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“ ordnungsgemäß auszufüllen hat und dieses Formblatt durch den Auftragnehmer vorzulegen ist.

Der Auftraggeber kann dem Einsatz eines benannten Unterauftragnehmers jederzeit widersprechen oder eine erteilte Zustimmung zum Einsatz eines Unterauftragnehmers jederzeit widerrufen, wenn ein sachlicher Grund für den Widerspruch bzw. Widerruf vorliegt. Ein sachlicher Grund für einen Widerspruch bzw. Widerruf ist insbesondere gegeben, wenn der Unterauftragnehmer zu den in Art 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils aktuellen Fassung) genannten Personen oder Organisationen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehört. Gleiches gilt, sofern der benannte Unterauftragnehmer nach Maßgabe der §§ 123 ff. GWB aufgrund eines zwingenden oder fakultativen Ausschlussgrundes von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden dürfte.

Die Einarbeitung eines neuen Unterauftragnehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers.

Für den Einsatz von sog. Freelancern, also selbstständigen Einzelpersonen, gelten die vorstehenden Regelungen entsprechend.

8.5 Vertraulichkeit

- ☒ Ergänzend zu ~~bzw. abweichend von~~ Ziffer 6.3 EVB-IT Cloud-AGB ~~ergeben sich Regelungen zur Vertraulichkeit aus Anlage Nr. _____~~ gilt folgendes:

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse streng vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder sonst zu verwerten. Hierbei gelten alle Informationen als vertraulich, die von dem Auftraggeber nicht ausdrücklich als nichtvertraulich gegenüber dem Auftragnehmer benannt werden. Der Auftragnehmer wird bei der Wahrung der Vertraulichkeit die gleiche Sorgfalt anwenden, mit der er eigene Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse schützt.

Der Auftragnehmer wird die Informationen nur den Mitarbeitenden zugänglich machen, die diese Informationen zur Erfüllung der vertraglichen Aufgaben benötigen und die eine entsprechende Geheimhaltungsverpflichtung übernommen haben oder aufgrund ihres Arbeitsvertrages mit dem Auftragnehmer zu entsprechender Geheimhaltung verpflichtet sind. Die vorgenannte Verpflichtung der Mitarbeitenden des Auftragnehmers ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Nach Aufforderung hat der Auftragnehmer alle Unterlagen und Informationen, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer aus Anlass der Vertragsbeziehung übergeben hat, herauszugeben oder deren datenschutzgerechte Vernichtung nachzuweisen; an solchen Unterlagen steht dem Auftragnehmer kein Zurückbehaltungsrecht zu.

Die vorstehende Geheimhaltungsverpflichtung gilt auch nach Beendigung dieses Vertrages auf unbestimmte Zeit fort. Sie gilt nicht für Informationen, die allgemein bekannt sind oder werden, ohne dass dies der Empfänger zu vertreten hat, oder dem Empfänger von einem Dritten ohne Geheimhaltungsverpflichtung mitgeteilt bzw. überlassen werden, oder aufgrund einer vollstreckbaren behördlichen oder richterlichen Entscheidung oder eines Gesetzes zu offenbaren sind, oder von dem überlassenden Vertragspartner zur Bekanntmachung schriftlich frei gegeben worden sind. Die Beweislast für das Vorliegen eines Ausnahmetatbestandes trägt der Auftragnehmer.

8.6 Haftpflichtversicherung

- ☒ Der Nachweis einer Haftpflichtversicherung wird vereinbart. Der Auftragnehmer weist auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers nach, dass dieser über eine im Rahmen und Umfang marktübliche Industriehaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt. Die Versicherung muss folgende Mindestdeckungssummen beinhalten, die mindestens 1-mal jährlich in voller Höhe zur Verfügung stehen:

- Vermögensschäden 500.000 Euro

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

- Sachschäden 1.000.000 Euro
- Personenschäden 2.000.000 Euro

Der Auftragnehmer wird den vorgenannten Versicherungsschutz bis zum Ende der Laufzeit dieses Vertrags ununterbrochen aufrechterhalten.

9 Sonstige Vereinbarungen

☒ Sonstige Vereinbarungen:

9.1 Allgemeine Leistungspflichten / Technologische Neuerungen

Der Auftragnehmer wird sämtliche Vertragsleistungen stets in Übereinstimmung mit den Regelungen dieses Vertrags und seiner Bestandteile sowie im Einklang mit den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen (z. B. SGB V, DSGVO, KI-VO), den jeweils einschlägigen und branchenüblichen Industrie- und Sicherheitsstandards und dem zum Zeitpunkt der Leistungserbringung aktuellen Stand der Technik erbringen.

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die von ihm eingesetzte Technologie am allgemeinen technischen Fortschritt partizipiert und an die sich ändernden Anforderungen des Auftraggebers und der für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen angepasst und weiterentwickelt wird. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vertragsleistungen kontinuierlich weiterzuentwickeln und das Preis-/Leistungsverhältnis laufend zu verbessern sowie die Effizienz der Leistungserbringung zu erhöhen (wobei hiermit kein Recht einhergeht, die für die Vertragsleistungen festgelegten Preise zu erhöhen). Der Auftragnehmer berücksichtigt hierbei insbesondere neue Techniken, neue Prozesse sowie sicherheitstechnische Entwicklungen.

9.2 Einhaltung rechtlicher Bestimmungen / Wahrung wettbewerblicher Interessen und Vorgaben

Der Auftragnehmer ist gemäß § 128 Abs. 1 GWB verpflichtet, alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.

Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber (einschließlich gesetzlicher Vertreter und/oder Mitarbeiter) von sämtlichen Forderungen freistellen, die von eingesetzten Mitarbeitern, einer Behörde oder sonstigen Dritten gegenüber dem Auftraggeber mit Bezug auf die vorgenannten Bestimmungen geltend gemacht werden, wie z.B. Ansprüche auf Arbeitsentgelte, etwaige Sozialversicherungsbeiträge und/oder sonstige Arbeitgeberleistungen.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Interessen des Auftraggebers - vor allem im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit etwaigen Wettbewerbern des Auftraggebers - bei der Durchführung des Vertrags gewahrt bleiben.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet die Vertragsleistungen unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 4a SGB V, des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) sowie unter Berücksichtigung der „Gemeinsamen Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden der gesetzlichen Krankenversicherung“, jeweils in der jeweils gültigen Fassung, zu erbringen. Eine aktuelle Version der „Gemeinsamen Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden der gesetzlichen Krankenversicherung“ ist auf der [Homepage des Bundesamtes für soziale Sicherung](#) einsehbar.

9.3 Zusammenarbeit

Die Parteien streben eine jederzeitige konsensuale und konstruktive Zusammenarbeit an.

Der Auftragnehmer ist, soweit nichts anderes bestimmt oder zumindest in Textform gemäß § 126b BGB vereinbart ist, im Rahmen der Auftrags- bzw. Projektdurchführung verantwortlich für

- Planung Steuerung und Kontrolle des Projektes unter Einhaltung der Faktoren Zeit, Qualität und, soweit kein Festpreis vereinbart ist, Budget;
- Festlegung der Rahmenbedingungen für die Projektorganisation;
- Kontrolle und Einhaltung der vertraglichen Abmachungen;
- Organisation und Dokumentation eventueller Änderungsverfahren;
- Problem- und Konfliktlösung bei der Projektplanung, bei der Projektabwicklung und beim Projektabschluss;
- Überwachung des Projektfortschrittes und Einleitung von eventuell notwendigen Krisenmaßnahmen;
- Gewährleistung der Projektberichterstattung und -kommunikation;

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

- Berichterstattung an den Auftraggeber über den Projektverlauf.

Die Projektbeteiligten Mitarbeitenden des Auftraggebers werden spätestens im Anschluss an den Abschluss dieses Vertrags benannt.

Vertrags- und Projektsprache ist grundsätzlich Deutsch, wobei die Verwendung branchenüblicher englischer Fachbegriffe unschädlich ist. Alle für die Ausführung der Vertragsleistungen vorgesehenen Mitarbeiter, deren Aufgaben den regelmäßigen Kontakt zu der Auftraggeberin erfordert, haben die deutsche Sprache mindestens entsprechend Level B2 des Europäischen Referenzrahmens zu beherrschen.

Soweit eine lokale Präsenz von Mitarbeitenden des Auftragnehmers erforderlich ist (z.B. zur Planung und Durchführung von Freigaben) befindet sich der Leistungsort an den Standorten des Auftraggebers im Freistaat Bayern. Dem Auftraggeber steht insoweit ein Wahlrecht zu. Reisezeiten und Reisekosten sowie sonstige Aufwände und Kosten, die im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von etwaigen Präsenzterminen stehen, werden, soweit nichts anderes zumindest in Textform gemäß § 126b BGB vereinbart ist, nicht erstattet. Innerhalb dieser Vorgaben kann die Erbringung der geschuldeten Leistungen im Übrigen bei dem Auftragnehmer erfolgen, soweit nichts anders in diesem Vertrag geregelt ist.

Die Parteien können im Anschluss an das Zustandekommen dieses Vertrags weitere Details der Zusammenarbeit (bspw. im Hinblick auf die gemeinsame Verwendung einer bestimmten Kollaborationsplattform) verbindlich vereinbaren. Für eine solche Vereinbarung genügt Textform gemäß § 126b BGB.

9.4 Eskalations- und Deeskalationsmanagement / gütliche Einigung

Sollte trotz intensiven Bemühens der Beteiligten keine einvernehmliche Lösung erreicht werden, gelten die nachfolgenden Mechanismen, soweit nichts anderes zumindest in Textform gemäß § 126b BGB vereinbart ist:

Es wird ein Eskalationsmechanismus vereinbart. Entscheidungen (einschließlich über die Abgabe vertraglicher Erklärungen) sollen innerhalb von 6 (sechs) Werktagen, nachdem die Projektleitung einer Partei dem Hauptansprechpartner der anderen Partei einen Sachverhalt und das Bedürfnis nach einer Entscheidung schriftlich mitgeteilt hat, herbeigeführt werden.

Ist eine Abstimmung auf der Ebene der Hauptansprechpartner nicht innerhalb von 12 (zwölf) Werktagen nach Mitteilung des Sachverhalts und des Entscheidungsbedürfnisses getroffen, ist der Vorgang unverzüglich der jeweiligen Geschäftsführung der Parteien oder den von diesen benannten Vertretern zur Entscheidung vorzulegen. Eine abschließende Entscheidung auf dieser Eskalationsstufe soll innerhalb einer Frist von weiteren 12 (zwölf) Werktagen ab Eingang des Vorgangs getroffen werden.

Die Parteien verpflichten sich, im Falle einer sich aus diesem Vertrag ergebenden Unstimmigkeit, vor Durchführung eines streitigen Verfahrens eine gütliche Einigung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Standpunkte zu erarbeiten bzw. anzustreben. Zu diesem Zweck kann jede Partei ein Treffen der Hauptverantwortlichen verlangen.

9.5 Termine und Fristen

Termine und Fristen, die in diesem Vertrag oder seinen Bestandteilen genannt sind, oder die zwischen den Parteien mindestens in Textform gemäß § 126b BGB gesondert vereinbart werden, gelten grundsätzlich als verbindlich, es sei denn, die Parteien haben die betreffenden Termine und Fristen ausdrücklich als unverbindlich bezeichnet.

Die Parteien können alle zeitlichen und organisatorischen Vorgaben während der Auftragsdurchführung einvernehmlich ändern. Für eine solche Vereinbarung genügt Textform gemäß § 126b BGB.

9.6 Unternehmensstandort

Für die Erbringung der Vertragsleistungen verfügt der Auftragnehmer ab Vertragsbeginn über einen Unternehmensstandort oder eine Niederlassung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Leistungen des Auftragnehmers müssen - auch bei der etwaigen Beauftragung von Unterauftragnehmern - innerhalb der EU erfolgen (Nearshoring). Offshoring (außerhalb der EU) ist ausgeschlossen.

9.7 Einsatz von KI

Der Auftragnehmer ist - soweit künstliche Intelligenz (KI) eingesetzt wird - verpflichtet die geltenden Anforderungen der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz – KI-VO), einschließlich etwaiger deutscher Umsetzungsakte, jeweils ab deren Inkrafttreten, zu beachten und einzuhalten.

Soweit KI eingesetzt wird, muss sichergestellt sein, dass hierdurch die Rechte und Interessen des Auftraggebers nicht beeinträchtigt werden. Insbesondere ist der Auftragnehmer verpflichtet sicherzustellen, dass der Einsatz von

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

KI nicht unter die verbotenen Praktiken i. S. von Art. 5 KI-VO fällt und dass die Anforderungen an Anbieter und/oder Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen im Sinne der KI-VO jederzeit eingehalten werden.

Der Auftragnehmer ist darüber hinaus verpflichtet, auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers oder einer zuständigen staatlichen Stelle (z. B. der Aufsichtsbehörde des Auftraggebers) in geeigneter Form (z. B. durch Vorlage technischer Dokumentationen, Erläuterung der Funktionsweise, Einräumung von Prüf- und Kontrollrechten) nachzuweisen, dass die eingesetzte KI - insbesondere im Hinblick auf deren Zweck, die verwendeten Algorithmen und das eingesetzte Trainingsmaterial - der KI-VO, einschließlich deutscher Umsetzungsakte, jeweils in der jeweils geltend Fassung, vollumfänglich entspricht.

9.8 Beratungs-, Informations- und Unterstützungspflicht

Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, diesen im Zusammenhang mit dem Einsatz der vertraglich geschuldeten SaaS-Lösung umfassend zu beraten, zu informieren und zu unterstützen, damit, insbesondere im Falle des Einsatzes von KI, während der Vertragslaufzeit ein ganzheitlicher rechtskonformer Einsatz der SaaS-Lösung sichergestellt ist. Diese Beratungs-, Informations- und Unterstützungspflicht umfasst insbesondere die Bewertung der SaaS-Lösung entlang gesetzlicher (z. B. EU-KI-VO, DSGVO) oder interner Vorgaben (z. B. Richtlinien und Anweisungen), die der Auftraggeber im Zusammenhang mit dem Einsatz der SaaS-Lösung zu beachten hat.

Gegenstand der Beratungs-, Informations- und Unterstützungspflicht können insbesondere folgende Leistungen sein: Bewertung der SaaS-Lösung entlang der Organisationssicherheitsrichtlinie des Auftraggebers, Unterstützung bei der Durchführung des hausinternen IT-Freigabeverfahrens, Unterstützung des Auftraggebers bei Datenschutzfolgeabschätzungen und sonstigen Risikoabschätzungen, Implementierung eines Risikomanagementsystems, Implementierung eines Qualitätssicherungssystems, Maßnahmen für eine adäquate Data Governance und deren Umsetzung, Implementierung von Maßnahmen für eine menschliche Überwachung von Prozessen, Sicherstellung von akkuraten und reliablen Entscheidungen von KI-Systemen, Implementierung von Informationssicherheitsmaßnahmen und die Erfüllung von Dokumentations-, Monitoring-, Überwachungs-, Transparenz-, Kennzeichnungs-, Informations-, Registrierungs-, Anzeige-, Konformitäts- und Schulungspflichten des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer wird die vorgenannten Beratungs-, Informations- und Unterstützungsleistungen auf Verlangen des Auftraggebers in angemessener Frist erbringen. Der Auftragnehmer kann für erbrachte Beratungs-, Informations- und Unterstützungsleistungen eine angemessene und branchenübliche (Zusatz-) Vergütung verlangen. Zur Klarstellung: Leistungen, die der Auftragnehmer aufgrund anderer Bestimmungen dieses Vertrags oder seiner Bestandteile oder aufgrund gesetzlicher Bestimmungen schuldet, zählen nicht zu den vorgenannten Beratungs-, Informations- und Unterstützungspflichten und begründen demzufolge keinen Anspruch auf eine zusätzliche Vergütung. Für die Beauftragung von Beratungs-, Informations- und Unterstützungsleistungen gilt im Übrigen Ziffer 9.27 (Änderung der Leistung nach Vertragsschluss).

9.9 Qualitätssicherung

Der Auftragnehmer hat zur Sicherung der Qualität der Leistungserbringung während der Laufzeit dieses Vertrags angemessene und wirksame Qualitätssicherungs- und Qualitätsmanagementsysteme entsprechend der aktuellen Fassung der DIN EN ISO 9001 einzusetzen.

9.10 Personal des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer wird zur Leistungserbringung ausschließlich zuverlässiges Personal einsetzen, welches über die für die jeweilige Aufgabenwahrnehmung notwendige Qualifikation und Erfahrung verfügt. Bei berechtigtem Interesse, insbesondere bei mangelnder Zuverlässigkeit oder bei mangelnder Qualifikation und Erfahrung (Eignung), kann der Auftraggeber verlangen, dass unzuverlässiges oder ungeeignetes Personal unverzüglich durch zuverlässiges bzw. geeignetes Personal ersetzt wird. Als unzuverlässig gilt Personal insbesondere, wenn die betreffende Person als Bieter von einem Vergabeverfahren nach Maßgabe der §§ 123 bis 126 GWB ausgeschlossen werden dürfte. Verlangt der Auftraggeber aus berechtigten Gründen einen Personalaustausch, hat der Auftragnehmer etwaige hiermit verbundene Kosten zu tragen.

Soweit im Angebot des Auftragnehmers namentlich benannte Projektmitarbeitende nicht mehr im Rahmen der Projektumsetzung eingesetzt werden können bzw. sollen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich geeignete Nachfolger zu bestimmen und diese dem Auftraggeber vorzustellen.

9.11 Zertifikate, Testate, behördliche Zulassungen

Soweit bestimmte, gültige Zertifikate, Testate oder behördliche Zulassungen (z. B. Erlaubnisse, Genehmigungen) in dem vorangegangenen Vergabeverfahren gefordert waren oder nach den Bestimmungen dieses Vertrags oder seiner Bestandteile oder nach gesetzlichen Bestimmungen gefordert sind, hat der Auftragnehmer die Gültigkeit

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

dieser Zertifikate, Testate und behördlichen Zulassungen während der Vertragslaufzeit ununterbrochen aufrechterhalten und deren Gültigkeit auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich in geeigneter Form nachzuweisen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich zumindest in Textform gemäß § 126b BGB anzeigen, wenn geforderte Zertifikate, Testate oder behördliche Zulassungen (z. B. durch Widerruf oder Rücknahme) ihre Gültigkeit verloren haben.

9.12 Barrierefreiheit

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der BITV 2.0 und der EN 301549 vollumfänglich umzusetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, dies zum Ende des Projekts fachlich mittels BITV-Tests oder in anderer geeigneter Weise überprüfen zu lassen. Etwaige notwendige Nachbesserungen trägt der Auftragnehmer. Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass nach BITV 2.0 und dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) ein barrierefreier Zugang jederzeit möglich ist. Dies gilt sowohl für (ggf. webbasierte) Anwendungen (einschließlich Apps) samt den zugehörigen digitalen und analogen Dokumentationen als auch für etwaige durch die einzelnen Anwendungen aufgerufene Apps und Webseiten und weitere Ressourcen, sofern diese auch vom Auftragnehmer bereitgestellt werden. Der Auftragnehmer muss für jede bereitgestellte Anwendung eine Verlinkung auf die aktuell gültige „Erklärung zur Barrierefreiheit“ sicherstellen.

Die vorgenannten Anforderungen muss der Auftragnehmer auch während Wartung und Support, bei Einsatz von Fremdsoftware und bei digitalen Erzeugnissen umsetzen, die ausschließlich von geschlossenen Nutzergruppen verwendet werden (Intranet, Extranet, Backend-Administration von Content-Management-Systemen etc.). Der Auftragnehmer muss die Barrierefreiheit regelmäßig im Rahmen seines Qualitätsmanagements prüfen und das Ergebnis der Prüfung dem Auftraggeber spätestens auf Verlangen vorlegen.

9.13 Entgeltgleichheit

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, gemäß § 7 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, § 3 Abs. 1 des Entgelttransparenzgesetzes und § 2 Nr. 7 AEntG gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit zu bezahlen.

9.14 Werbung

Der Auftragnehmer darf mit dem Auftraggeber als (Referenz-) Kunden (z. B. auf der eigenen Homepage oder in Pressemitteilungen) nur nach vorheriger Zustimmung zumindest in Textform gemäß § 126b BGB werben. Soweit die Zustimmung erteilt wurde, muss die Werbung in angemessener und sachlicher Form erfolgen. Eine erteilte Zustimmung kann der Auftraggeber jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Dem Widerruf hat der Auftragnehmer unverzüglich Folge zu leisten.

9.15 Scientology-Schutzklausel

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass weder er noch die zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Personen (einschließlich Unterauftragnehmer und sog. Freelancer) die „Technologie von Ron L. Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten – weder zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch zu einem späteren Zeitpunkt während der Laufzeit dieses Vertrages.

9.16 Russland Sanktionen der EU

Der Auftragnehmer stellt für die gesamte Laufzeit dieses Vertrags sicher, dass dieser nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils aktuellen Fassung, aktuell in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022) über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Organisationen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, zählt.

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass während der Auftragsdurchführung keine Unternehmen (Unterauftragnehmer, Lieferanten) eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, die zu den Personen oder Organisationen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der im vorstehenden Absatz genannten Verordnung aufweisen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich, zumindest in Textform gemäß § 126b BGB mitzuteilen, sobald und soweit er selbst oder ein Dritter (Unterauftragnehmer, Lieferant) aufgrund einer Änderung der Umstände nach Abschluss dieses Vertrags unter den Kreis von Personen und Organisationen im Sinne der im vorstehenden Absatz 1 genannten EU-Verordnung fällt.

Eine entsprechende Informationspflicht gilt auch, sobald und soweit der Auftragnehmer oder ein Dritter (Unterauftragnehmer, Lieferant) zukünftig von „Russlandsanktionen“, insbesondere solchen nach der VO (EU) Nr. 833/2014 (auch in zukünftigen Fassungen) betroffen sein sollten.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

9.17 Anzeigepflicht

Der Auftragnehmer ist während der Vertragslaufzeit verpflichtet, dem Auftraggeber Tatsachen bzw. Umstände un- aufgefordert und unverzüglich mindestens in Textform gemäß § 126b BGB anzuzeigen, die bei objektiver Betrachtung den Verdacht eines zwingenden oder fakultativen Ausschlussgrundes gemäß §§ 123, 124 GWB oder eines erheblichen Verstoßes gegen vertragliche oder gesetzliche Bestimmung, die im Zusammenhang mit der Auftrags- durchführung stehen, begründen.

9.18 Abtretung oder anderweitige Übertragung von Ansprüchen

Eine Abtretung oder anderweitige Übertragung von Ansprüchen oder Rechten, die dem Auftragnehmer nach die- sem Vertrag zustehen, ist ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers in schriftlicher Form unzulässig.

9.19 Auskunfts- und Unterstützungspflicht

In dem Fall, dass staatliche Stellen (z. B. die zuständige Aufsichtsbehörde des Auftraggebers) im Zusammenhang mit diesem Vertrag behördlich tätig werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber und die zustän- digen staatlichen Stellen durch eine konstruktive und transparente Zusammenarbeit angemessen zu unterstützen. Dies umfasst - ergänzend zu Ziffer 8.3 - insbesondere das Offenlegen relevanter Unterlagen, die Erläuterung or- ganisatorischer und technischer Abläufe oder die Einräumung von Prüf- und Zugangsrechten, soweit keine über- wiegenden schutzwürdigen betrieblichen Interessen des Auftragnehmers entgegenstehen. Die Unterstützungs- pflicht des Auftragnehmers besteht über das Ende dieses Vertrags hinaus.

9.20 Abnahme, Mängelklassifizierung

Abnahmebedürftig sind Vertragsleistungen, für die nach diesem Vertrag oder seinen Bestandteilen eine Abnahme oder - gleichbedeutend - Freigabe ausdrücklich vorgesehen ist, die als „Meilensteine“ gekennzeichnet sind oder für die eine Abnahme zumindest in Textform gemäß § 126b BGB gesondert vereinbart ist.

Der Auftragnehmer hat die abnahmebedürftigen Vertragsleistungen zum vereinbarten Termin zur Abnahme bereit- zustellen und den Abnahmeprozess hinreichend vorzubereiten und zu dokumentieren. Die Bereitstellung der ab- nahmebedürftigen Vertragsleistungen muss in einer Weise erfolgen, die es dem Auftraggeber ermöglicht zu über- prüfen, ob die Vertragsleistungen mangelfrei sind. Dazu kann der Auftraggeber - ohne zusätzliche Vergütung - insbesondere eine Funktionsprüfung (Teststellung) einschließlich Penetrationstests verlangen, die der Auftragge- ber wahlweise selbst vornehmen oder aber durch den Auftragnehmer im Beisein des Auftraggebers (z. B. im Rah- men eines Präsentationstermins) vornehmen lassen kann.

Für die Abnahme gilt im Übrigen § 640 BGB in Verbindung mit Ziffer 11 EVB-IT Erstellungs-AGB, soweit nichts anderes zumindest in Textform gemäß § 126b BGB vereinbart ist.

Für die Mängelklassifizierung gilt Ziffer 3 EVB-IT Erstellung-AGB.

9.21 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln der Leistung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Leistungen zum vereinbarten Zeitpunkt vertragsgemäß zur Verfügung zu stellen und diese frei von Sach- und Rechtsmängeln zu erbringen bzw. zu liefern.

Wird eine Vertragsleistung, die als Werkleistung bzw. Werklieferung zu qualifizieren ist, mangelhaft erbracht, hat der Auftragnehmer den Mangel innerhalb einer von dem Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist wahlweise durch Nachbesserung oder Neulieferung zu beseitigen. Schließt der Auftragnehmer die Mängelbehebung nicht innerhalb der gesetzten Frist erfolgreich ab, kann der Auftraggeber ohne weitere Voraussetzungen die werkver- traglichen Mängelrechte gemäß §§ 634 ff. BGB geltend machen. Für die zum Zeitpunkt der Abnahme beiden Par- teien bekannten und nicht behobenen Mängel gelten die Mängelansprüche als vorbehalten. Im Übrigen gilt für die Rechte des Auftraggebers bei Mängeln der Werkleistung - unbeschadet sonstiger gesetzlicher und vertraglicher Rechte - Ziffer 12 EVB-IT Erstellungs-AGB.

Als Werkleistungen bzw. Werklieferungen sind insbesondere alle Vertragsleistungen zu qualifizieren, die gemäß Ziffer 9.20 abnahmebedürftig sind oder für die ein Pauschal(fest)preis i. S. v. Ziffer 8.1 EVB-IT Erstellungs-AGB vereinbart ist.

Wird eine Vertragsleistung, die als Dienstleistung zu qualifizieren ist, nicht vertragsgemäß erbracht, ist der Auftrag- geber berechtigt zu verlangen, dass die Dienstleistung ohne Mehrkosten für den Auftraggeber innerhalb angemes- sener Frist vertragsgemäß erbracht wird.

Für die Zeit, in der die Nutzbarkeit einer Vertragsleistung, gleichgültig, ob es sich um eine Werk- oder Dienstleistung handelt, wegen eines Mangels oder einer Schlechtleistung gemindert ist, hat der Auftraggeber nur eine angemes- sene herabgesetzte Vergütung zu entrichten, soweit für diese Schlechtleistung nicht eine andere Kompensation (wie z. B. Nichterfüllungsgutschriften) vereinbart ist.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

Sonstige vertragliche und/oder gesetzliche Rechte des Auftraggebers wegen Mängeln oder Schlechtleistung, insbesondere auf Schadensersatz und Kündigung, bleiben unberührt.

9.22 Störungsbeseitigung und -klassifizierung

Unbeschadet sonstiger vertraglicher und gesetzlicher Rechte des Auftraggebers hat der Auftragnehmer nach Maßgabe von Ziffer 11 EVB-IT Cloud-AGB bei einer Störung alle für die Störungsbeseitigung und zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Für die Störungsklassifizierung gilt Ziffer 10 EVB-IT Cloud-AGB.

9.23 Verletzung von Schutzrechten Dritter, Freistellungsanspruch

Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Nutzung der Leistungen des Auftragnehmers geltend und wird deren Nutzung hierdurch beeinträchtigt oder untersagt, haftet der Auftragnehmer unbeschadet sonstiger vertraglicher oder gesetzlicher Rechte des Auftraggebers nach Maßgabe der Ziffer 13 EVB-IT Erstellungs-AGB.

9.24 Verzug

Als solche gekennzeichnete (Teil-) Abnahme- oder Freigabetermine sind, ebenso wie „Go-live“-Termine und Termine für das Erreichen bestimmter „Meilensteine“, verbindlich einzuhalten. Gleiches gilt für Termine, die aufgrund eines Projekt-, Leistungs- oder Terminplans o. ä. ersichtlich als verbindliche Termine gemäß Ziffer 9.5 gelten.

Für den Fall, dass der Auftragnehmer mit der Erbringung einer Vertragsleistung in Verzug gerät, gilt Ziffer 9 EVB-IT Erstellungs-AGB.

9.25 Dokumentation

Für die Dokumentation der Vertragsleistungen gilt, soweit nichts anderes vereinbart ist, Ziffer 5 EVB-IT Erstellungs-AGB.

9.26 Schulungen

Soweit Schulungen vereinbart sind, gilt ergänzend Ziffer 2.4 EVB-IT Erstellungs-AGB.

9.27 Änderung der Leistung nach Vertragsschluss / Änderungsverfahren

Unbeschadet gesetzlicher Regelungen zur zulässigen Änderung eines öffentlichen Auftrags während der Vertragslaufzeit ist eine Änderung dieses Vertrags einschließlich seiner Bestandteile während der Vertragslaufzeit zulässig, wenn

- zusätzliche Leistungen beschafft werden sollen, die in einem funktionalen Zusammenhang mit den originären Vertragsleistungen stehen,
- aufgrund der Änderung der Gesamtcharakter des Auftrags nicht verändert wird und
- der Preis um nicht mehr als 50 Prozent des Wertes des ursprünglichen Auftrags erhöht wird.

Als ursprünglicher Auftragswert gilt der 48-fache Monatswert zzgl. Vergütung für initiale Leistungen. Bei mehreren aufeinander folgenden Änderungen ist der Gesamtwert der Änderungen maßgeblich. Für das Änderungsverfahren gelten die nachfolgenden Absätze.

Der Auftraggeber kann nach Vertragsschluss jederzeit Änderungen der Leistung im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar.

Das Änderungsverfahren ist zumindest in Textform gemäß § 126b BGB zu dokumentieren; hierzu können geeignete Formulare (z. B. Muster 3 - Änderungsverfahren EVB-IT Erstellungsvertrag) verwendet werden.

Der Auftragnehmer hat das Änderungsverlangen des Auftraggebers zu prüfen und wird dem Auftraggeber in angemessener Frist, insbesondere unter Berücksichtigung von Art und Umfang des Änderungsverlangens mitteilen, ob es zumutbar und falls nicht, warum es unzumutbar ist.

Hat das zumutbare Änderungsverlangen keinen Einfluss auf die vereinbarte Vergütung oder Termine, hat der Auftragnehmer unverzüglich mit der Umsetzung des Änderungsverlangens zu beginnen und dies dem Auftraggeber mitzuteilen.

Hat das zumutbare Änderungsverlangen Einfluss auf die vereinbarte Vergütung oder Termine, wird der Auftragnehmer ein Realisierungsangebot zumindest in Textform gemäß § 126b BGB unter Angabe von Terminen und den Auswirkungen auf die vereinbarte Vergütung unterbreiten.

Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, mit seinem Realisierungsangebot Vertragsbedingungen einzuführen, die diesem Vertrag oder seinen Bestandteilen widersprechen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden nur Anwendung, soweit dies in Ziffer 1.2.5 vorgesehen ist.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

Der Auftraggeber wird das Realisierungsangebot des Auftragnehmers in angemessener Frist annehmen oder ablehnen.

Tätigkeiten und Aufwände im Zusammenhang mit der Erstellung eines Realisierungsangebots werden grundsätzlich nicht vergütet, es sein denn, die Parteien einigen sich aufgrund außergewöhnlicher Aufwände des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Erstellung des Realisierungsangebots auf eine angemessene Entschädigung. Eine solche Vereinbarung setzt zumindest Textform gemäß § 126b BGB voraus.

Kommt eine Vereinbarung über die Änderung der Leistung zustande, wird der vorliegende Vertrag einschließlich Anlagen/Anhänge/Annexe entsprechend angepasst. Kommt keine Vereinbarung zustande, werden die Arbeiten auf der Grundlage des geltenden Vertrages weitergeführt. Ist das Änderungsverlangen dem Auftragnehmer zumutbar und kommt keine Vereinbarung zustande, weil sich die Parteien wegen Mehrleistungen nicht über die Anpassung der Vergütung einigen können, kann der Auftraggeber die Durchführung der Änderung gleichwohl verlangen. Die Vergütung wird in diesem Fall angemessen erhöht. Kommt keine Vereinbarung zustande, weil sich die Parteien wegen Mehrleistungen nicht über die Anpassung des Termin- und Leistungsplanes einigen können, kann der Auftraggeber die Durchführung der Änderung gleichwohl verlangen. In diesem Fall verschieben sich die von der Änderung betroffenen im Termin- und Leistungsplan genannten Ausführungsfristen angemessen.

9.28 Nicht-exklusive Leistungserbringung

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf eine exklusive Leistungserbringung. Der Auftraggeber ist vielmehr ausdrücklich berechtigt, jederzeit gleichartige Vertragsleistungen bei einer unbestimmten Anzahl von anderen Auftragnehmern zu beschaffen.

9.29 Mengen- und Volumenangaben

Etwaige Mengen- oder Volumenangaben sind unverbindlicher Art und begründen demzufolge keinen Anspruch des Auftragnehmers auf Abnahme der genannten Menge bzw. des genannten Volumens. Etwas anderes gilt nur, wenn die Abnahme einer bestimmten Menge oder eines bestimmten Volumens in diesem Vertrag oder seinen Bestandteilen, mit Ausnahme des Angebots des Auftragnehmers, ausdrücklich garantiert oder zugesichert wird.

9.30 Laufzeit und Kündigung / Rückzahlung von Vorauszahlungen bei vorzeitiger Beendigung

Die Laufzeit des Vertrags ergibt sich aus Ziffer 3.1.

Abweichend von Ziffer 20.1 EVB-IT Cloud-AGB kann dieser Vertrag mit einer Frist von 6 Monaten zum Ablauf des 31.08. eines jeden Jahres gekündigt werden, frühestens jedoch zum Ende der vereinbarten Mindestvertragsdauer.

Im Übrigen kann der Vertrag von beiden Parteien bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist - innerhalb einer angemessenen Zeit ab Kenntnis des Kündigungsgrundes ganz oder teilweise gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragspartner die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Dies ist für den Auftraggeber insbesondere der Fall, wenn

- beim Auftragnehmer eine Vermögensverschlechterung eintritt, aus der sich für den Auftraggeber die Gefahr ergibt, dass der Auftragnehmer dauerhaft (d. h. mit hinreichender Sicherheit für einen Zeitraum von mehr als 30 (dreißig) Kalendertagen) nicht mehr in der Lage ist, den Vertrag ordnungsgemäß zu erfüllen;
- ein Insolvenzgrund im Sinne von §§ 17 bis 19 Insolvenzordnung bei dem Auftragnehmer vorliegt oder eintritt;
- ein Insolvenzantrag oder ein vergleichbarer Antrag über das Vermögen des Auftragnehmers durch diesen selbst oder durch einen Dritten gestellt wird, es sei denn, die Vertragsdurchführung ist hierdurch nicht gefährdet oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wird abgelehnt;
- ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eröffnet wird;
- ein Kündigungsgrund im Sinne des § 133 GWB vorliegt;
- rechtliche Rahmenbedingungen (insbesondere sozial-, datenschutz- oder aufsichtsrechtliche Vorschriften), aufsichtsbehördliche Maßnahmen oder sonstige schwerwiegende Gründe (z. B. höhere Gewalt) der Leistungserbringung dauerhaft (d. h. mit hinreichender Sicherheit für einen Zeitraum von mehr als 30 (dreißig) Kalendertagen) entgegenstehen oder die weitere Leistungserbringung für den Auftraggeber unzumutbar machen;
- der Auftragnehmer oder ein Unterauftragnehmer gegen wesentliche vertragliche oder gesetzliche Vorgaben, die der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsausführung zu beachten hat, verstoßen hat und, sofern die Verletzung heilbar ist, die Verletzung nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach Zugang einer entsprechenden Aufforderung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer geheilt worden ist; zu den wesentlichen

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben zählen insbesondere Bestimmungen zum Datenschutz und zur Datensicherheit, zum Einsatz von KI und zur Geheimhaltung (Wahrung der Vertraulichkeit); bei einer schwerwiegenden Verletzung wesentlicher vertraglicher oder gesetzlicher Vorgaben ist eine Fristsetzung entbehrlich;

- der Auftragnehmer oder ein Unterauftragnehmer wesentlichen vertraglichen Pflichten innerhalb von 12 (zwölf) Kalendermonaten mindestens 2 (zwei) Mal nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt und aus diesem Grund von dem Auftraggeber zur ordentlichen Pflichterfüllung aufgefordert wurde;
- der Auftragnehmer die vereinbarten Verfügbarkeiten gemäß Ziffer 19 Kriterienkatalog für Cloudleistungen in Verbindung mit Ziffer 8 EVB-IT Cloud-AGB oder die vereinbarten Wiederherstellungszeiten gemäß Ziffer 21 Kriterienkatalog für Cloudleistungen innerhalb eines Zeitraums von 12 (zwölf) Kalendermonaten mindestens 5 (fünf) Mal nicht erfüllt;
- Störungen oder Schäden auftreten, die in ihrer Art und/oder Häufigkeit nach wesentlich den Betriebsablauf des Auftraggebers beeinträchtigen;
- dem Auftragnehmer aufgrund rechtskräftiger gerichtlicher oder behördlicher Entscheidungen die Erbringung wesentlicher Vertragsleistungen untersagt wurde;
- der Auftragnehmer nicht oder nicht mehr über gültige Zertifikate, Testate oder behördlichen Zulassungen (z. B. Erlaubnisse, Genehmigungen) verfügt, die im vorangegangenen Vergabeverfahren gefordert wurden oder die nach den Bestimmungen dieses Vertrags oder seiner Bestandteile oder nach gesetzlichen Bestimmungen gefordert sind;
- der Auftragnehmer eine schwerwiegende Verfehlung begangen hat, die es rechtfertigen würde, den Auftragnehmer als Bieter von einem Vergabeverfahren gemäß §§ 123 ff. GWB auszuschließen;
- bei einer Verletzung von Rechten Dritter durch die Vertragsleistungen, wenn der Auftragnehmer weder in der Lage ist, die erforderlichen Nutzungsrechte zu gewähren, noch die Vertragsleistungen in dem vorstehend beschriebenen Umfang abzuändern;
- der Auftragnehmer zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils aktuellen Fassung) genannten Personen oder Organisationen gehört, die einen Bezug zu Russland im Sinne der vorgenannten EU-Verordnung aufweisen;
- ein Unterauftragnehmer zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils aktuellen Fassung) genannten Personen oder Organisationen gehört, die einen Bezug zu Russland im Sinne der vorgenannten EU-Verordnung aufweisen, und der Auftragnehmer diesen Unterauftragnehmer auch nach Aufforderung durch den Auftraggeber nicht ausgetauscht hat;
- der Auftragnehmer gegen die „Scitology-Schutzklausel“ gemäß Ziffer 9.15 verstößt;
- der Auftragnehmer in schwerwiegender Weise gegen die Auskunft- und Unterstützungspflicht gemäß Ziffer 9.19 verstößt;
- ein anderer in diesem Vertrag oder seinen Bestandteilen ausdrücklich geregelter wichtiger Kündigungsgrund (ggf. als „Sonderkündigungsrecht“ bezeichnet) vorliegt;
- eine sonstige Verletzung einer oder mehrerer vertraglicher oder gesetzlicher Bestimmungen gegeben ist, die der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsausführung zu beachten hat; die Kündigung ist in diesen Fällen erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 314 i. V. m. § 323 Abs.2 BGB eine Fristsetzung ausnahmsweise entbehrlich ist.

Sämtliche Kündigungen bedürfen der Schriftform.

Die Kündigung ist innerhalb eines angemessenen Zeitraums ab Kenntnis des Kündigungsgrundes auszusprechen (Ziffer 20.2 EVB-IT Cloud-AGB). Dies ist der Fall, wenn die Kündigungserklärung innerhalb von drei Monaten ab zuverlässiger positiver Kenntnis des Kündigungsgrundes dem Auftragnehmer zugeht.

Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrags sind etwaige bereits geleisteten Vorauszahlungen durch den Auftragnehmer um den Teil zurückzuerstatten, um welchen der Auftraggeber Leistungen des Auftragnehmers aufgrund der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr in Anspruch nehmen kann; die Einrede der Entreicherung ist ausgeschlossen.

9.31 Textform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrags sowie alle vertragsrelevanten Erklärungen, Mitteilungs- und Dokumentationspflichten bedürfen zumindest der Textform gemäß § 126b BGB. Dies gilt auch für eine Änderung dieses

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Änderungen & Ergänzungen sind grün hervorgehoben

Formerfordernisses. Ziffer 9.30 Abs. 4 (Schriftform der Kündigung) bleibt hiervon unberührt.

9.32 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, oder sollte eine Lücke offenbar werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages. Vielmehr sind die Vertragsparteien in einem solchen Fall verpflichtet, die unwirksame oder fehlende Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die wirksam ist und dem mit der unwirksamen oder fehlenden Bestimmung angestrebten wirtschaftlichen Zweck so weit wie möglich nahekommt.

9.33 Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand ist München.

9.34 Inkrafttreten

Der Auftragnehmer hat den Vertrag im vorangegangenen Vergabeverfahren mit dem Angebot elektronisch in Textform gemäß § 126b BGB gezeichnet eingereicht. Der Vertrag ist mit elektronischer Zuschlagserteilung in Kraft getreten. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer verlangen, dass dieser nach Inkrafttreten des Vertrags eine schriftliche Ausfertigung des Vertrags unterzeichnet. Als Datum einer solchen Ausfertigung gilt für den Auftragnehmer das Datum der elektronischen Zeichnung und für den Auftraggeber das Datum der Zuschlagserteilung.



Die sonstigen Vereinbarungen ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

Unterschrift*

Datum, Auftraggeber

Unterschrift*Datum, Auftragnehmer
(einschließlich Name und Position des Erklärenden)

* Es genügt eine elektronische Zeichnung gemäß § 126b BGB (s. Ziffer 9.34).